

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller.

Zentralorgan d. Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei i. d. Tschechoslowakischen Republik.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich früh.

Redaktion und Verwaltung: Drag 11., Neubaule 16. • Telefon: 20793, 31409 • (Nachredaktionen): 20797 • Postfachamt: 37344

11. Jahrgang.

Samstag, 7. November 1931

Nr. 259.

Jeder fünfte reichsdeutsche Arbeiter arbeitslos.

Nach dem Bericht des Instituts für Konjunkturforschung ist mehr als der fünfte Teil der deutschen Arbeitskräfte, die etwa einundzwanzig Millionen Arbeiter und Angestellte umfassen, arbeitslos. Die Arbeitslosenversicherung unterhält gegenwärtig nur noch 30,9 Prozent der Arbeitslosen, 21,1 Prozent werden von der Wohlfahrtspflege der Städte erfaßt.

USA-Banken für weitere Stillhaltung.

New York, 6. November. Zwischen den Vertretern der New Yorker Banken, die an dem Stillhalteabkommen für die Deutschland gewährten Kredite teilnahmen, haben Besprechungen stattgefunden, in denen sich Übereinstimmung darüber ergab, daß die Kurz Kredite für Deutschland auch weiter gewährt werden müßten. Eine Umwandlung dieser Kurz Kredite in Kredite mit fünf- oder zehnjähriger Laufzeit sei jedoch unzulässig.

Es herrschte weiter Übereinstimmung darüber, daß gemäß dem Geiste des Young-Planes die Deutschland gewährten privaten Kurz Kredite den Reparationszahlungen nicht nachstehen dürfen.

Neues Fliegerunfall bei Malacky

Ein Toter und ein Schwerverletzter.

Prag, 6. November. Erst heute wird amtlich bekanntgegeben, daß es auf dem Flugplatz Malacky, auf dem erst am Dienstag zwei Flieger lebensgefährlich verwundet worden sind, tags darauf neuerdings zu einem schweren Flugzeugungsfall kam, das ein Todesopfer und einen Schwerverletzten erforderte. An diesem Tage begann um 13 Uhr 10 Minuten, kurz nach dem Start, der Motor des Flugzeuges „S 6-27“ auszufallen. Der Pilot wollte wahrscheinlich zum Flugplatz zurückkehren, wobei er in der Biegung infolge des starken Stofwindes die Geschwindigkeit verlor und längs des Flügels abwärts fiel. Von der Befahrung erlitt Pilotgeleiter Jäbánek einen Beinbruch und innere Verletzungen. Diesen Verletzungen erlag er dann. Gefreiter-Schütze Kofenský erlitt einen schweren Bruch des Unterkiefers und es wurden ihm sämtliche Zähne ausgeschlagen. Seine Verletzung ist aber nicht lebensgefährlich.

Ein schöner Wahlerfolg des Internationalen Metallarbeiterverbandes.

Am gestrigen Freitag fand die Wahl in den Betriebsausschüssen des Zümmiger Kraftwerkes der R. E. W. statt. Seit dem Jahre 1925 ist es das erste Mal, daß die freie Gewerkschaft wieder in diesem Betriebe kandidiert. Nach dem Kampfbild 1925 waren es die Hakenkreuzler, die in diesem wichtigen Betriebe alle Mandate innehatten. Man verstand es mit Hilfe von Beamten, die Kandidatur von freigeberischen Arbeitern durch indirekten Druck zu verhindern; ja selbst vor Drohungen ist man nicht zurückgeschreckt.

Für die diesmalige Wahl war, nachdem die Hakenkreuzorganisation im Betriebe vollkommen zusammengebrochen ist, ein großer Teil der Sozialisten an die Vertrauensmänner des Internationalen Metallarbeiterverbandes herangetreten. Sie mögen eine Kandidatenliste überreichen. Der Erfolg ist folgender:

Von den abgegebenen 112 gültigen Stimmen erhielt der Internationale Metallarbeiterverband 50 Stimmen, die Hakenkreuzler 62, wovon jedoch 12 Stimmen von den Beamten kamen.

Der Metallarbeiterverband erhält zwei Mandate (früher 0), die Hakenkreuzler ebenfalls zwei (früher alle fünf).

Dieser schöne Erfolg der freien Gewerkschaft ist auf das Verlangen der Hakenkreuzler als Arbeitervertreter im Betriebe zurückzuführen. Das Wahlergebnis ist für den Rasper-Verband ein arger Aschensüßer; verliert er doch den einzigen Betrieb des Ruffiger Bezirkes, wo er bis jetzt mit seinen Leuten alleine war.

Starhembergs Putschvorbereitungen.

Die „Arbeiter-Zeitung“ setzt ihre Enthüllungen über die Bürgerkriegsvorbereitungen der Heimwehr fort. Obwohl die Heimwehr-Bundesleitung natürlich alles abzuleugnen sucht, stellt die „Arbeiter-Zeitung“ die Tatsache fest, daß die Waffentransporte der Putschisten weitergehen.

In einer ganzen Reihe von Orten Obersteiermarks, besonders dort, wo die Industrie ihre Stützpunkte hat, kann man schon seit Wochen

Waffenschleppungen

beobachten. Die Herrschaften, die nun aus Erfahrung wissen, wieviel Augen die Staatsgewalt zugucken vermag, sind nicht einmal besonders bemüht, diese Transporte geheimzuhalten, und man hat zum Beispiel in Leoben schon zweimal Lastautos, die mit Gewehren und Stahlhelmen voll beladen waren, durchfahren sehen. Zumeist geben die Transporte in das obere Murtal und in das Ennstal.

Wie festgestellt wurde, stammen diese Waffenschleppungen aus der Oststeiermark. Wiederholt haben obersteirische Heimwehrführer in Privatautos Reisen in die Oststeiermark unternommen, um dort die Waffen für die obersteirischen Heimwehrschützen zu übernehmen. Festgestellt wurde weiter, daß in den letzten Wochen in Hartberg und in Feldbach

Führerzusammenkünfte

stattfanden, um den Waffenschmuggel aus Ungarn zu organisieren.

Wiederholt haben auch in den obersteirischen Industriegebieten Führerbesprechungen stattgefunden, in denen gerade die aus der Haft entlassenen und überall feierlich empfangenen Putschistenführer das große Wort führten. Für den neuen Putsch sind in allen Gebieten

neue Aufmarschpläne

ausgearbeitet und neue Befehle ausgegeben worden.

Man hat für die einzelnen Orte Obersteiermarks bereits Listen aufgestellt, nach denen bekannte Arbeiterführer und der Heimwehr besonders verdächtige Funktionäre der Sozialdemokraten und auch des Landbundes als Geiseln ausgehoben werden sollen.

Habsburg und Hitler als Rivalen.

Von Nationalsozialisten wird die Mitteilung ausgegeben, daß Starhemberg für die Nacht vom 7. auf den 8. November einen Warnbefehl hinausgegeben hat. Seine Berechnungen gehen dahin, daß ihm in Niederösterreich, Oberösterreich, Steiermark, Kärnten, Salzburg und Burgenland insgesamt achtzigtausend Heimwehrleute diese Zahl ist wohl durch vier zu dividieren.

Neue Kämpfe am Konnifluß.

Japan schickt Verstärkungen. — Rückzug der Chinesen

Tokio, 6. November. (Reuter.) Die Kämpfe in der Umgebung von Tachien am nördlichen Ufer des Konniflusses lebten am Morgen wieder auf und dauerten bis in den Nachmittag hinein. Die chinesischen Truppen sollen allgemein den Rückzug in Richtung auf Angantschi angetreten haben. Der Führer der zweiten japanischen Division begleitet eine zur Verstärkung der Truppen am Konnifluß abgegangene Abteilung, um eine persönliche Inspektion der Truppen vorzunehmen.

Meldungen aus japanischer Quelle zufolge haben sich die Abteilungen des chinesischen Generals Matschongchen nach Tschiflar zurückgezogen, wo große Unordnung herrscht. Man nimmt an, daß Matschongchen demissionieren werde. Zum provisorischen Vertreter des Gouverneurs der Provinz Seliunkiang soll Tschanghappe ernannt werden, der den Japanern sympathisch sein soll.

Der andere ist schuld.

Genf, 6. November. Die Vertreter Japans und Chinas im Völkerbundrat haben dem Generalsekretär des Völkerbundes heute weitere Einzelheiten über den Hergang der jüngsten Ereignisse am Konnifluß übermittelt. In diesen

Red.) zur Verfügung stehen, unbedingt Gehorschaft leisten und seine Befehle strikte durchführen werden.

Starhemberg soll in Oesterreich Reichsverweser

werden und diese Stelle so lange innehaben, bis die Verhältnisse in Oesterreich und in Ungarn vollkommen geklärt sind und die Donauföderation in die Wege geleitet ist, die jedoch nur als ein Vorgebilde zu einem großen Reich gedacht ist.

Die nationalsozialistischen Mitglieder der Heimwehr wenden sich in der schärfsten Weise gegen die nächsten Absichten der Bundesführung.

zumal da sie befürchten, daß diese den Innenminister Ingenieur Binfler veranlassen werden, die Schaffung des Republikanengesetzes zu beschleunigen, welche Gelegetlage von allen Heimwehrläuten auf das entschiedenste bekämpft werden müsse.

Seipel ist wieder dabei.

In diesem Streit zwischen dem nationalsozialistischen Heimwehrläuten in Steiermark und der monarchistischen Führung durch Starhemberg scheint sich nun auch Seipel einzumengen. Am Mittwoch fand im Hotel Sacher eine mehrstündige Besprechung zwischen Starhemberg und Seipel statt, an der auch der Generaldirektor der Hirtenberger Patronenfabrik, Fritz Mandl — bekannt als Geldgeber der Heimwehren — und der Verwaltungsrat der Alpinen Montanengesellschaft, Walter Kollner, teilnahmen. Offenbar bemüht sich Seipel, die Nationalsozialisten aus der Heimwehr auszuschalten.

Biel Geiseln...

Wien, 6. November. Nach Starhemberg hat sich nunmehr auch der Führer der Tiroler Heimwehren Dr. Steidle zum Wort gemeldet und in einer Versammlung in Schwaz erklärt: Unsere Forderung lautet: Man schicke das Parlament nach Hause und stelle an die Spitze des Staates einen Politiker, der im Auslande Ansehen genießt, und gebe ihm Vollmacht, damit er seine Mitarbeiter ohne Rücksichtnahme auf ihre parteipolitische Zugehörigkeit auswähle und in der Wirtschaft unter Zuziehung eines besonderen wirtschaftlichen Beratungsfollgeniums Ordnung schaffen könne. Dieser Mann muß eine neue liche Sanierung Oesterreichs durchführen, wie sie Dr. Seipel im Jahre 1922 durchführte. Diese Sanierung werden wir durch ein energisches Einschreiten erreichen, unbekümmert darum, ob dieses Vorgehen als Staatsumsturz bezeichnet werden wird.

Geheimhaltung der amerikanischen Note

Tokio, 6. November. Wie verlautet, hat der Botschafter der Vereinigten Staaten gestern Abend dem Minister des Äußeren eine Note mit „freundschaftlichen Ratschlägen“ für die Behandlung der mandchaurischen Frage überreicht. Beide Regierungen sollen übereingekommen sein, den Inhalt der Note geheimzuhalten.

Für alle Fälle...

San Francisco, 6. November. (Reuter.) Aus Japan traf hier eine Goldentladung im Werte von 23.500.000 Dollars ein, die von den japanischen Bankiers für alle Eventualitäten bereitgehalten wird, die sich aus der Situation in der Mandchurei ergeben können. Im Laufe des vorigen Monats sind aus Japan 75 Millionen Golddollars hierher geschickt worden.

Studenten.

Die kleine deutsche Universitätsstadt Halle war dieser Tage der Schauplatz von Demonstrationen. Es waren nicht Arbeitslose, die in ihrer Verzweiflung auf die Straße gingen, um nach Brot zu rufen, es waren Studenten, gegen welche Polizei aufgebildet wurde. Im Hochschulgebäude schaffte die Schupo Ordnung, der Platz vor der Universität wurde von berittener Polizei geäubert.

Was war geschehen? Was hat die Studenten von Halle auf den Plan gerufen?

An der Universität der Saalestadt hatte eben ein neuer Professor zu lesen begonnen. Der neue Mann ist evangelischer Theologe und war früher Pfarrer an der Berliner Reformationskirche gewesen. Was ihn von anderen seiner Berufskollegen während seiner Berliner Tätigkeit unterschied, war, daß er dem Ziel der Annäherung von Kirche und Proletariat nachging. Er hatte wohl das Gefühl, daß die Kirche den herrschenden Klassen zuviel Konzessionen mache und dadurch den Arbeitern als Sachwalterin der kapitalistischen Wirtschaft erscheine. Eine Zeitlang war er sogar Mitglied der sozialdemokratischen Partei, aus der er aber schon vor zehn Jahren ausgetreten war, weil, wie er sagt, Marxismus und Religion unvereinbar seien. Allerdings hat sich Sehn auch später einer „Verfehlung“ schuldig gemacht, die ihm ein Großteil der Hallenser Studenten nicht verzeihen können. Er hat vor etwa drei Jahren in Magdeburg einen Vortrag gehalten, in dem er für den allgemeinen Weltfrieden eingetreten ist und hat sich auch später noch als „Friedensfreund“ bekannt. Der evangelische Professor ist kein Revolutionär, nicht einmal ein Pazifist, wie er sagt. Er verwerfe nicht den Krieg unter allen Umständen. „Wenn etwa“, so sagt er, „Deutschland einmal in berechtigter Notwehr um seine Freiheit kämpfen muß, so werde ich niemals das Recht eines solchen Krieges bestreiten.“ Aber man dürfe, so meint er weiter, den Krieg nicht als unvermeidlich ansehen und daraus ergebe sich für den Christen „die unabwiesliche Pflicht, in seinem Denken und Handeln auf den Frieden gerichtet zu sein. Auf jeden Fall ist es ihm nur verboten, den Krieg rein als Krieg zu verherrlichen.“ Diese jahre Befassung war es, die nun halb Deutschland und vor allem die Universitätskreise gegen ihn aufgebracht hat. Im Frühjahr sollte er Professor in Heidelberg werden, aber die christlich evangelische Fakultät, die das Schwert höher schätzte als den Palmzweig, lehnte ihn ab. Schließlich wurde er Professor in Halle, aber das empfinden die nationalsozialistischen Studenten, die siegreich Frankreich schlagen wollten, als ein Attentat auf ihre kriegerische Befassung und brüllten den Mann nieder, der es gewagt hatte, seine christlichen Mitmenschen zu der gefährlichen Anschauung zu erziehen, daß der Friede ein hohes Gut und das Glück der Menschheit sei.

Man hat in den letzten Jahren von Ausschreitungen der Herren Studenten schon öfters gehört. Um welche heiligen Götter schlug sich die hoffnungsvolle studentische Jugend? In Prag wollten sie keinen Juden zum Rektor haben und keinen Ausländer studieren lassen, in Wien prügeln sie Studenten und sogar Studentinnen durch, deren Aussehen Verdacht erregte, es war nur gut, daß die Herren Goebels und Jung nicht an der Wiener Universität studieren, sie hätten bestimmt ihre Tracht Prügel bekommen — in Budapest und Bukarest kämpften die Studenten mit Leib- und Lungenkraft für den Numerus clausus und in Warschau ließen die Herrschaften jüdische Mediziner nicht zu den Leichen von Christen. Hat man jemals gehört, daß die Massen der Studenten, insbesondere der deutschen Studenten für eine Sache des Fortschritts, der Verbreitung der Kultur unter die Massen, für die Freiheit der Wissenschaften gegen die Dunkelmänner der Reaktion mit solcher Leidenschaft aufgetreten sind? Der größte Teil der deutschen Studenten von heute geht nicht mit

dem Geiste der Zeit, nicht mit den Ideen der Zukunft, sondern mit dem Rückschritt, mit den Ideen von gestern, mit den Ideen einer herrschenden Klasse, deren Gesellschaft im Zusammenbruch sich befindet. Für den kulturellen Aufstieg des Proletariats — diese glanzvollste Seite aus dem Buche der Kulturgeschichte unserer Tage — haben die meisten der jungen Herren an den deutschen Universitäten kein Verständnis, was Millionen von Menschen sehen, daß nämlich die bürgerliche Welt sich in unaufhaltsamem Niedergang befindet und die neue proletarische Welt, wenn auch unter schweren Kämpfen, Irrungen und Wirrungen, emporsteigt, das sehen sie nicht. Sie wollen keinen Frieden und keinen, auch nicht einen gemäßigten, Friedensfreund als Professor. Sie wollen den Krieg, der die Welt und mit ihr die Kultur von vier Jahrtausenden in Flammen aufgehen lassen, das Ende der Zivilisation und aller Wissenschaft bedeuten würde.

Es hat eine Zeit gegeben, da die Studenten anders dachten. Als nach den Freiheitskriegen von 1813 und 1814 Metternich und die Fürsten das deutsche Volk um alle Verfassungen betrogen, die man versprochen hatte, als man das Blut des Volkes brauchte, in dieser Zeit waren die Universitäten die Zufluchtsstätten der geistigen Freiheit geworden, da loderten die Flammen des Scheiterhaufens, auf den man Korporalstock und die Symbole des Zensors gehäuft hatte, da verzichteten sieben Professoren in Göttingen lieber auf ihre Stellen, als die Wissenschaft unter das Kommando eines fürstlichen Tyrannen stellen zu lassen. Und als der Volkstorn gegen Metternich 1848 ausloderte, als Windsturm im Oktober des Revolutionsjahres Wien belagerte, da standen an den Wällen und auf den Barrikaden neben Arbeitern Studenten, neben den proletarischen Bataillonen kämpfte die Akademische Legion. Als das Bürgerrecht revolutionär war, waren es die Studenten, mit dem Aufstieg der Bourgeoisie zur herrschenden Klasse haben sich die Studenten den Herrschenden hinzugesellt. In der Geschichte der deutschen akademischen Jugend wird die Zeit nach 1848 und werden insbesondere die Jahre nach dem Weltkriege kein stolzes Buch füllen. Die Klasse der Studenten ist dem Einfluß einer niedergebenden Klasse verfallen oder befindet sich im Schlepptau jener Strömungen, die das Wasser letzten Endes wieder auf die Felder des Bürgertums leiten, ist in der Gefolgschaft von Parteien, deren Ungeist den Abscheu jedes intellektuellen Menschen hervorzurufen müßte. Nur ein kleiner Teil der studierenden Jugend an den deutschen Hochschulen Österreichs, der Tschechoslowakei und Deutschlands hat begriffen, welche große kulturellen Leistungen der Sozialismus schon vollbracht und welche historische Sendung er für die Zukunft der menschlichen Kultur hat, hat erkannt, daß die Kulturmenschen entweder mit Kapitalismus und Krieg untergehen muß oder mit Sozialismus und Friede wieder auferstehen wird.

Arbeiter, kümmert euch um eure Jugend!
Unterstützt die Kinderfreundebewegung und die Jugendorganisation.
Der Sozialismus beginnt nicht in der Versammlung, sondern in der Familie!

Um die Neuregelung der Arbeitsvermittlung.

Unter den zahlreichen dringenden sozialpolitischen Forderungen der Arbeiterschaft unseres Staates rangiert der Ruf nach einer zeitgemäßen Reform des Arbeitsvermittlungswesens an erster Stelle. Es gilt die auf dem Arbeitsmarkt herrschende Anarchie, soweit dies im Rahmen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung möglich ist, zu erziehen durch einen gerechten und planmäßigen Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage nach Arbeitskraft. Auch in der Zeit guter Konjunktur und normaler Beschäftigung leidet der Arbeiter unter der Unsicherheit der Existenz, er ist auch in dieser Zeit nicht instande, sich allein, aus eigener Kraft, jederzeit eine entsprechende Beschäftigung zu sichern. Um so ärger ist die Situation aber, wenn eine Wirtschaftskrise von so elementarer Kraft und von so bedeutendem Umfang einsetzt, wie wir sie jetzt erleben, wenn tägliche Betriebe geschlossen, täglich hunderte arbeitende Menschen aufs Pflaster gelegt werden. Immer wieder führt den Arbeitslosen der Weg zur Arbeitsvermittlungsanstalt, die freilich dem großen Ansturm der Beschäftigung Suchenden nicht Herr zu werden vermag. Trotzdem erfüllt sie auch jetzt eine segensreiche Mission, es gelingt ihr, wie die Statistik zeigt, doch wieder, sei es nun bei regulären Arbeiten, sei es bei Notstandarbeiten, tausende Arbeitslose in den Produktionsprozeß zurückzuführen. Aber natürlich kann sie bei dem jetzigen Stand der Dinge ihren Aufgaben nicht im vollen Umfang der vorhandenen Möglichkeiten gerecht werden.

Die Tschechoslowakische Republik besitzt noch kein einheitliches Arbeitsvermittlungsgesetz. Nur in Böhmen bestehen auf Grund eines Landesgesetzes aus dem Jahre 1903 247 Bezirksarbeitsvermittlungsanstalten in allen politischen Bezirken. In Mähren-Schlesien ist das Recht der öffentlich-rechtlichen Arbeitsvermittlungsanstalten längst nicht mehr so dicht. Es ist ein unholbarer Zustand, daß da nicht nur in gewissen ländlichen, sondern auch in stark industrialisierten Bezirken des Landes keine solchen Anstalten existieren. Hier wäre z. B. der industriellere Bezirk Reutitschein zu erwähnen, dessen Arbeitslose, wenn sie eine Arbeit suchen, bis nach Mährisch-Ostrow pilgern müssen! In der Slowakei und in Karpatenrußland hat nur ein kleiner Teil von Bezirken eigene Arbeitsvermittlungsanstalten. Unter diesen Umständen blüht natürlich das private Vermittlungswesen, das den armen Arbeitsuchenden noch oft zweifache materielle Opfer auferlegt, das aber auch sonst schädlich ist, da es eine Verpflüchtung am Arbeitsmarkt hervorruft, besp. die bestehenden anarchischen Verhältnisse nicht beseitigt.

Die Neuordnung der Frage der Arbeitsvermittlung ist also eine dringliche Verpflichtung des Staates der Arbeiterklasse gegenüber. Darüber hinaus bildet sie auch eine Verpflichtung des Staates im internationalen Maßstab, da die Tschechoslowakische Republik gegenwärtig noch immer nicht in der Lage ist, die von der ersten Internationalen Arbeitskonferenz in Washington im Jahre 1919 beschlossene Konvention über die Arbeitslosigkeit zu ratifizieren. Dies wird erst der Fall sein können, bis das Problem der Arbeitsvermittlung seine einheitliche legislatorische Regelung gefunden haben wird.

An Versuchen hat es bisher in dieser Richtung nicht gefehlt. Die Regierung hat schon im Jahre 1921 einen Gesetzentwurf über die Arbeitsvermittlung im Abgeordnetenhause eingebracht. Der sozialpolitische Ausschuss hat der Vorlage auch zugestimmt, doch kam es nicht zur Ver-

handlung im Plenum des Hauses, da der Entwurf infolge Sabotage der bürgerlichen Parteien im Budgetausschuss stecken blieb. Seither wurde in dieser Frage leider nichts mehr unternommen, wodurch naturgemäß viel kostbare Zeit verloren ging. Insbesondere zur Zeit einer solchen wirtschaftlichen Konjunktur hätte die parlamentarische Erledigung dieses Gesetzes ohne größere Schwierigkeiten erfolgen können. Aber der Bürgerblick hatte ja für Arbeiterinteressen kein Verständnis! Es bedurfte erst der zähen Energie des gegenwärtigen Ministers für soziale Fürsorge des Genossen Dr. Czech, um die Dinge wieder in Fluß zu bringen. Das Fürsorgeministerium hat neuer, in der Zeit einer würgenden Wirtschaftskrise, die für die Ausarbeitung größerer legislativer Operate von vornherein ungünstig ist, einen neuen Entwurf fertiggestellt, dessen Grundgedanken in folgendem kurz besprochen seien.

Die Vorlage ist auf dem Grundgedanke der Selbstverwaltung der Interessenten aufgebaut (was der Herr A. B. der „Bohemia“ nicht herausgefunden zu haben scheint, der dem Gesetzentwurf vorwirft, er stärke die Macht der Bürokratie). In jedem politischen Bezirke (resp. in jeder Stadt mit eigenem Status) muß eine öffentliche Arbeitsvermittlungsanstalt bestehen, die auch bei der Arbeitslosenfürsorge und bei der Berufsberatung mitzuwirken hat. Die Leitung der Anstalten hat ein paritätisch aus Vertretern der Arbeitnehmer und Arbeitgeber bestehender Verwaltungsausschuss inne. Der Verwaltungsausschuss sowie der Beamtenschaft werden vom Bezirksausschusse bestellt. Die Landesarbeitsämter in den vier Landeshauptstädten, die im Gegensatz zu den Bezirksamtern staatliche Ämter sind, besorgen neben der Aufsicht über die Unterstellen die Arbeitsvermittlung im Landes- und Reichsmaßstab. Den Landesämtern fällt auch die Vermittlung von Arbeitern in das Ausland zu. Für Böhmen wird die Vorsehung getroffen, daß in den Städten, in denen gegenwärtig Landesarbeitszentralen bestehen (Reichenberg, Pilsen, Königgrätz, Budweis) Exposturen des Landesarbeitsamtes errichtet werden können. Neu errichtet wird als Zentralstelle das Staatliche Arbeitsamt beim Ministerium für soziale Fürsorge, dem eine Fachkommission und eine Zentral-Berufsberatungsstelle zur Seite steht. Seine Aufgabe wird vor allem die Kontrolle der Arbeitsvermittlung im ganzen Lande, daneben die Vermittlung größerer Arbeitspartien und der Schutz unerer im Auslande arbeitenden Staatsangehörigen sein.

Die öffentliche Arbeitsvermittlung wird nur dann ihrer Aufgabe gerecht werden können, wenn sie obligatorisch, ausschließlich und unentgeltlich ist. Darum werden die Unternehmer in der Vorlage verpflichtet, alle freien Stellen der Bezirksarbeitsvermittlungsanstalt zu melden und drei Tage mit der Besetzung zu warten, bis die Anstalt eine geeignete Kraft vermittelt. Analog ist auch die Verpflichtung der Arbeitsuchenden zur Anspruchsannahme der Anstalt und der Verpflichtung der Anstalt zur Ausübung der Vermittlungstätigkeit festgelegt. Die Vermittlung muß selbstverständlich vollkommen unentgeltlich erfolgen. Neben der Bezirksarbeitsvermittlungsanstalt dürfen, vorausgesetzt, daß sie sich den Vorschriften des Gesetzes anpassen und die Bewilligung des Fürsorgeministeriums erhalten, nur die Vermittlungsstellen der Gewerkschaften, Kavierräte und Gewerbebesessenschaften bestehen bleiben. Das Suchen von Arbeitskräften mit Hilfe von Inseraten wird verboten, außer wenn es sich um leitende

Beamtenposten handelt. Mit der Zeit wird auch die gewerbs- und vereinsmäßige Stellenvermittlung zu bestehen aufhören, da neue Konzessionen nicht mehr erteilt werden und die alten binnen zehn Jahren (bei juristischen Personen binnen fünf Jahren) erlöschen. Eine außerordentlich wichtige Bestimmung ist die Verpflichtung der Unternehmer, die mindestens 20 Angestellte beschäftigen, alle geplanten Betriebsänderungen und Stilllegungen wenigstens vierzehn Tage vorher anzumelden, damit der Staat rechtzeitig entsprechende Vorkehrungen zu treffen in der Lage ist. Schließlich muß auch noch das Verbot erwähnt werden, an einem in einem Arbeitskonflikte (Streik oder Aussperrung) stehenden Betrieb Arbeitskräfte zu vermitteln.

Rebenbei sei bemerkt, daß wir durch das Inkrafttreten des Gesetzes endlich eine vollständige und verlässliche Arbeitslosenstatistik erhalten würden.

Der Gesetzentwurf befindet sich gegenwärtig im interministeriellen Anmerkungsverfahren, in dessen Verlaufe alle Ressorts und damit natürlich ganz widerstreitende Interessen zu Worte kommen. Da ist es natürlich selbstverständlich, daß er hart umkämpft wird. Aber auch die Unternehmer lassen alle Mühen springen, um wenigstens die Eliminierung der ihnen besonders unangenehmen Bestimmungen der Vorlage durchzusetzen. Ihr Hauptangriff gilt den Bestimmungen über die Verpflichtung der Arbeitgeber zur Meldung freier Stellen und beabsichtigter Betriebsänderungen, den Bestimmungen über die dreitägige Wartezeit und über das Verbot der Arbeitsvermittlung im Streikfalle. Die Agrarier wieder lausen Sturm dagegen, daß die Vermittlung landwirtschaftlicher Arbeitskräfte gleichfalls durch die öffentlichen Arbeitsvermittlungsanstalten erfolgen soll. Sie verlangen, daß dieser Zweig der Arbeitsvermittlung dem — Landwirtschaftsministerium unterstellt werde, damit sie die Landarbeiterschaft ganz unter ihrer Fuchtel haben. Natürlich kann auch der schon genannte Herr A. B. der „Bohemia“ nicht schlen, wo es um den Kampf gegen den sozialen Fortschritt geht; er findet, daß es sich bei dem Entwurf um eine „Arbeitsvermittlung mit Hindernissen“ handle. Sicherlich! Aber die Hindernisse ergeben sich nicht aus der Vorlage, sie werden ausschließlich von den Kreisen gemacht, in deren Interesse die „Bohemia“ sich aufs Läufersuchen verlegt hat, um doch ein probables Argument zu finden, mit dem man das Arbeitsvermittlungsgesetz bekämpfen könnte.

Angesichts der Machtverhältnisse sind die Hindernisse für die Gesetzgebung der Vorlage selbstverständlich sehr groß. Sie können nur überwunden werden, wenn die Arbeiterschaft sich geschlossen hinter die sozialen Geister anmerkt und von sozialpolitischem Verständnis durchdränkte Vorlage des Fürsorgeministeriums stellt und mit aller Entschiedenheit verlangt, daß die Reform der Arbeitsvermittlung, die für sie in der heutigen Krisenzeit die größte Bedeutung besitzt, ehestens der parlamentarischen Behandlung zugeführt wird. Sie wird sich bei ihrem Kampf um die Vorlage auch darauf stützen können, daß Ministerpräsident Udrzkal in seinem Exposé vom 3. Feber d. J. im Abgeordnetenhause ausdrücklich erklärte, daß die Neuordnung des Arbeitsvermittlungswesens einen Programmpunkt der Regierung bildet.

Die Arbeiterschaft wird auf der Erfüllung dieses Versprechens bestehen!

Der Traumlenker

Roman von Hermynia Zur Mühlen.

Peter schüttelte sich zornig. Das ist ja Literatur, dachte er, Banquos Geist. Edmund Brohmer setzte sich. „Gute Kapelle“, sagte er lässig. „Gute Jazzband.“

Sinnloser Jörn überkam Peter. Er hat sich seit Tagen gequält und gefoltert, der Tote hat ihm keine Ruhe gegönnt, und nun kommt dieser Mann da und redet gelassen von der Musik.

„Wunder!“ flüsterte er heiß.

„Wer, Herr Brenn, Sie oder ich?“

„Sie.“

Die scharfen Augen prüften Peters Gesicht. Wenn Sie sich unschuldig fühlen, weshalb quälen Sie sich dann so? Ich sehe Ihnen an, daß Sie keine Nacht geschlafen haben, seit . . . seit dem Mord . . .“

Das spöttische Lächeln verschwand von dem Gesicht des Generaldirektors.

„Ich will Ihnen etwas sagen, Herr Brenn, weder Sie, noch ich haben einen Mord begangen. Der Mord wurde vor acht Jahren begangen, als Klinker sich uns verkaufte. — von ihm selbst.“

„Das sagen Sie?“

„Ja, das sage ich. Und nicht etwa ich, der sentimentale kindische Narr, der einmal zu Ihnen gekommen ist, um eine ländliche Idylle zu träumen, sondern ich, der Geschäftsmann, der Generaldirektor des Stahlwerks, einer der meist gebahten Männer im ganzen Land.“

„Ich verstehe Sie nicht.“

Edmund Brohmer zuckte die Achseln.

„Die Sache liegt doch so einfach. Die Gesellschaft ist in Klassen geteilt, die einander feindselig gegenüber stehen, gegenüber stehen müssen. Solange einer in seiner Klasse hält und an sie glaubt, ist er stark, weil er hassen kann.

Wird er zum Renegaten, so ist er verloren, weil er letzten Endes die Klasse, gegen die er kämpfen muß, nicht ehrlich zu hassen vermag. Tausend Fäden verknüpfen ihn mit ihr. Er kann sie nicht alle zerreißen. Im entscheidenden Augenblick halten sie ihn fest. Das ist der Fall Gabriel Klinker in wenigen Worten ausgedrückt.“

„Aber es gibt doch auch Menschen, die aus ehrlicher Überzeugung ihre eigene Klasse verlassen . . .“

„Narren.“

„Lezten Endes.“ sagte Peter herausfordernd. „ist Klinker seiner Klasse treu geblieben.“

Edmund Brohmer lachte.

„Rein, er ist davon gelassen. Jetzt, da die Gefahr vorüber ist, kann ich es ruhig eingestehen. Gätte der Mann noch eine Woche Kraft aufgebracht, uns zu widersprechen, wir hätten kapitulieren müssen.“

„Wodurch haben Sie . . .?“

Peter hatte die Frage nicht stellen wollen, sie war ihm entschlüpft.

„Geschäftsgeheimnis.“

„Und der Gedanke an Klinkers Selbstmord, verursacht durch das „Geschäftsgeheimnis“, läßt Sie völlig kalt?“

„Der Gedanke? Ich denke überhaupt nicht daran. Der Mann war uns im Weg, er mußte fortgeräumt werden. Ist es meine Schuld, daß er ein Schwächling war?“

Er lächelte, überlegen, fast mitleidig.

„Sie brauchen keine Angst zu haben, Herr Brenn. Ihnen wird nichts geschehen.“

„Ich brauche Ihren Trost nicht.“

„Doch, Sie brauchen ihn. Auch Sie sind ein Schwächling, Herr Brenn, verzerren Sie das harte Wort. Sie werden zugrunde gehen, weil Sie keiner Klasse angehören. Sie pendeln im Nichts, im luftleeren Raum. Sie hoffen nicht einmal mich wirklich. Ich imponiere Ihnen. Es gibt einen einzigen Menschen, den Sie einmal hassen werden — sich selbst. Und dann wer-

den Sie erledigt sein, Herr Traumlenker. Denn der Selbsthass ist die einzige unverzeihliche Sünde wider das Leben.“

„Ich würde gar nicht, daß Generaldirektoren auch Philosophen sein können.“

Edmund Brohmer lachte.

„Philosophen der Wirklichkeit, mein junger Freund. Lassen Sie jetzt das Grubeln. Wollen Sie sich nicht zu uns setzen? Ein wenig Zerstreuung wird Ihnen gut tun.“

„Nein, danke.“

„Wie Sie wollen. Guten Abend, Herr Brenn. Nehmen Sie sich die kleine Episode nicht zu sehr zu Herzen.“

Er ließ Peter betäubt zurück. Dieser Mann nahm ihm alles, nahm ihm sogar sein Schuldgefühl. Wenn nicht er, Peter Brenn, an Gabriel Klinkers Tod schuld war, wenn es Gabriel Klinker selbst gewesen ist . . . Wenn er wieder Gutes noch Böses tun kann . . . Existiert er dann überhaupt? . . . Ist dann sein ganzes Leben nicht ein Traum? . . . Ist nicht er selbst nur ein Traum?

Und plötzlich sah Peter nicht mehr die hell erleuchtete Bar und die rinkelnden, plaudernden, lachenden Menschen. Er sah sein Knabenzimmer vor sich. Die brauntapezierten Wände und vor dem Wandtisch den grünen Wandschirm. Er hatte als Knabe oft böse Träume gehabt, weiß gegen Morgen. Schrak er aus ihnen auf, so fiel sein Blick auf den grünen Wandschirm, bohrte sich in ihn. Das verdammene Grün nahm Gestalt an, der Knabe empfand Verunsicherung; das war alles nur ein böser Traum, jetzt sehe ich den Wandschirm, jetzt bin ich wach. Der Tag ist da. Der böse Traum ist verschwunden.

Und Peter dachte: all das, was im letzten Jahr gesehen ist, ist auch nur ein böser Traum. Ich werde erwachen, der Tag wird da sein. Sobald ich den grünen Wandschirm sehe, werde ich wach sein.

Seine müden, übermäßigen Augen starrten in den Raum. Das Orchester spielte. Spitze harte Töne stiegen in die Luft. Dann brüllte das Saxophon auf. Der Raum verdichtete sich. Peter sah, wie er Gestalt annahm. Seine Augen erblickten ein verdammenes Grün. Was es das Grün eines im Wind wogenden Baldes? Waren es die Wellen eines Bergsees? Was es das schillernde Grün eines Seidenkleides?

„Noch nicht“, dachte Peter. „Ich schloße noch immer. Ich träume noch immer. Aber wenn der Morgen kommt, werde ich den grünen Wandschirm sehen, die bösen Träume abzuschüteln und wach sein.“

Zeit etwa vierzehn Tagen „praktizierte“ Peter nicht mehr. Eine Annonce in der Zeitung verkündete, daß „Herr Brenn, Traumlenker, für einen Monat verreist sei.“

Er hatte Angst vor den Menschen, denen er Träume geben sollte. Hatte Angst davor, einen falschen, und noch mehr Angst davor, den wahren Traum seiner Patienten zu finden.

Auch seine Freunde und Bekannten miß er. Judith hatte er seit Gabriel Klinkers Tod nicht mehr gesehen. Dr. Albert Boer seit fast einem Monat. Es tat ihm beinahe körperlich weh, mit Menschen zu sprechen. Mitten im Gespräch stockte er und fragte sich entsetzt: Was ist das? Wer redet da? Ein wirklicher Mensch? Ein Traum? Und auch die Worte erschreckten ihn. Er sagte „Sonne“, oder „Zigaretten“ und fragte sich noch im gleichen Augenblick: „Was ist Sonne? Was verbirgt sich hinter diesem Wort? Und was sind Zigaretten?“ Bisweilen verlag er die Worte mit leuchtenden Steinen. Sie schillern und funkeln, aber sind sie echt, oder nur Glas?

Manchmal lachte er Roux zu sich, streichelte ihn, sagte:

„Maul, guter Hund!“

(Fortsetzung folgt.)

Die Schwenkung zur Schutzpolitik

Handelsminister aber ein Anhänger des Freihandels.

London, 6. November. (Reuter.) Die Mobilisierung Neville Chamberlains an die Spitze des Schatzamtes in dem rekonstruierten Kabinett Macdonald eine entscheidende Schwenkung zur Schutzpolitik bedeutet, wird diese Tatsache doch erheblich durch die Berufung des Liberalen Kunciman an die Spitze des Handelsministeriums aufgehooben. Kunciman war stets ein eifriger Anhänger des Freihandels; er überraschte jedoch während der Debatte über den Goldstandard das Unterhaus durch die Anregung, hohe Zölle für die Einfuhr von Luxusgegenständen einzuführen. Die extremste Schutzgruppe in der konservativen Partei, welche durch Mervyn repräsentiert wird, ist im neuen Kabinett nicht vertreten.

Der „Daily Herald“, das Blatt der Arbeiterpartei, schreibt anlässlich der Neubildung der Regierung: Im Kabinett sei keineswegs ein Gleichgewicht der Parteien vorhanden, es werde vielmehr vollständig von den konservativen beherrscht, die in ihren Schutzpolitischen auch die Unterstützung der zwei Simon-Liberalen und des Staatssekretärs für die Dominien Thomas hätten. Das Ergebnis einer Prüfung der Frage des Zolltarifs stehe unter diesen Umständen von vornherein fest. Im übrigen sei ja auch das Unterhaus ganz in den Händen der konservativen Partei, und so würde die Politik des Kabinetts weniger von den Persönlichkeiten, aus denen es zusammengesetzt ist, als von den Massen der konservativen Parlamentarier beherrscht und vorgeschrieben.

Ein zwischenstaatliches Clearing. Empfehlungen der Prager Devisenkonferenz.

Prag, 6. November. Die Beratungen der Devisenkommission der zentral- und osteuropäischen Zentralbanken wurden heute in einer Plenarsitzung beendet, die die Berichte der Vorsitzenden und Referenten der einzelnen Kommissionen prüfte und zur Kenntnis nahm.

Die Konferenz beschäftigte sich mit den Möglichkeiten verschiedener technischer Maßnahmen, welche den Zahlungsverkehr zwischen den einzelnen Staaten bei der jetzigen Devisenknappheit, insbesondere mit Rücksicht auf den Außenhandel, erleichtern könnten. Es wurde die Möglichkeit eines Clearings zwischen einzelnen Staaten zum Zwecke der Erleichterung des Warenverkehrs erwogen und es wurden dabei die handelspolitische und die zahlungstechnische Seite dieser Frage von einander getrennt. Es wurde anerkannt, daß allgemeine oder partielle Clearingabmachungen sich als sehr nützlich erweisen könnten, namentlich im Verkehr zwischen denjenigen Staaten, in welchen es infolge Beschränkungen der Einfuhr aus Währungsgründen zur gegenseitigen Verringerung des Güterumtauschs kommen müßte. Diese Bilateralabmachungen müßten natürlich zu besonderen Bedürfnissen und Bedingungen der betreffenden Staaten Rechnung tragen. Die Konstruktion dieser Abmachungen muß eine derartige sein, damit für die Notenbanken keine anderen Verpflichtungen als die einer Zahlungsstelle entstehen.

Für den Fall, daß es zum Abschluß derartiger Bilateralverträge zwischen einer größeren Anzahl von Staaten käme, wird es als zweckmäßig betrachtet, daß die Zahl, welche in kurzen Zeitabschnitten aus derartigen Abmachungen auszufließen würden, durch die Vermittlung der BIZ geregelt würden.

Die Konferenz kam einmütig zur Ueberzeugung, daß die Devisenknappheit nicht dazu benutzt werden soll, in Handelsverträge einzugreifen oder auf diesem Wege handelspolitische Ziele zu verfolgen.

Weiters wurde die Ueberzeugung ausgesprochen, daß es für die beteiligten Länder von großer Wichtigkeit wäre, wenn durch die Vermittlung der BIZ ein Weg zu weiteren Verhandlungen bezüglich der Angleichung und der technischen Verbesserung der verschiedenen Systeme der Devisenbewirtschaftung gefunden werden könnte. Es wurde daher ein detaillierter Fragebogen zusammengestellt, welchen die Notenbanken schleunigst beantworten sollen und der als Grundlage der weiteren Arbeiten in dieser Richtung dienen soll.

Belgrader Studenten demonstrieren gegen die Regierungskandidaten.

Belgrad, 6. November. Gestern abends kam es anlässlich einer Wahlkonferenz, welche von den Ministern Marković und Rumanović in ein in der Nähe des Studentenheims gelegenes Gasthaus einberufen worden war, zu Demonstrationen der Studenten der Belgrader Universität gegen die Regierungskandidaten. Die Demonstranten brachen in Schreie auf den König und den ehemaligen Führer der demokratischen Partei Davidović und in Schreie gegen die Regierungskandidaten aus. Als Gendarmen aufmarschierten, zogen sich die Studenten in das Studentenheim zurück, welches darauf von der Gendarmerie umzingelt wurde. Die Demonstrationen dauerten jedoch eine geraume Weile an. Die Studenten warfen aus den Fenstern des Heims Stühle und sonstige Gegenstände auf die Gendarmen, die sich jedoch darauf beschränkte, das Heim abgeschlossen zu halten. Erst über die Intervention des her-

begeisterten Rektors stellten die Studenten die Demonstrationen ein.

Die Veranlassungen zu den Demonstrationen sollen darin zu suchen sein, daß kürzlich der

Das Wirtschaftsprogramm für die nächste Zeit fertig.

Morgen Veröffentlichung des geplanten Bankengesetzes.

Prag, 6. November. Amtlich wird mitgeteilt: Heute fand eine Sitzung der politischen Minister statt, in welcher die Aussprache über das Wirtschaftsprogramm für die nächste Zeit beendet wurde. Es wurde beschlossen, daß die Grundzüge des vorbereiteten Bankgesetzes Sonntag publiziert werden.

Ministerrat.

Prag, 6. November. Amtlich wird gemeldet: Der Ministerrat hielt heute eine Sitzung ab und erledigte die laufenden administrativen und wirtschaftlichen Angelegenheiten, darunter einige internationale Resolutionsabkommen, vor allem das Abkommen über die Sozialversicherung mit der Republik Tschechien.

Genehmigt wurde für die Vorlage an den Senat mit einigen Änderungen der Gesetzentwurf über die Verlängerung der Wirksamkeit der bisherigen gesetzlichen Bestimmungen über

akademische Klub der Belgrader Studenten eine regierungsfreundliche Erklärung veröffentlicht, ohne die Einwilligung der Studenten hierzu erhalten zu haben.

die Erleichterungen für Gerichte auf dem Gebiete der Strafgerichtsbarkeit.

Weiters wurden die Berichte aus den Beratungen der wirtschaftlichen und politischen Komitees über eine Reihe aktueller Angelegenheiten durchberaten, die in den Rahmen des Arbeitsprogrammes der Nationalversammlung fallen.

Genehmigt wurden auch die Berufung von vier Experten in die Kommission für die Getreideeinfuhrbewilligungen und die Ergänzung der Geschäftsordnung dieser Kommission.

Kulturprobleme, die dringend einer Lösung harren.

Eintreten des Genossen Schäfer für die kulturelle Autonomie. — Hülferufe der bedrängten deutschen Theater.

Die Schuldebatte im Budgetausschuß gab Donnerstag dem Genossen Schäfer Gelegenheit, auf die große Bedeutung gerade des Schulbudgets für die Arbeiterschaft hinzuweisen.

Die Sozialdemokratie hat immer ihr Hauptaugenmerk auf die Ausgestaltung des Volksschulwesens gerichtet und verlangt, daß es den Erfordernissen der Zeit angepaßt werde. Leider findet man auch heute bei der Staatsverwaltung, aber auch in Hochkreisen nicht immer das richtige Verständnis für Neuerungen; andere Staaten leisten in Bezug auf neuzeitliche Ausgestaltung des Unterrichtes viel mehr.

Was gerade uns deutschen Sozialdemokraten noch wichtiger erscheint, ist die Sicherung der Schulautonomie, die Sicherung der kulturellen Selbstverwaltung.

Diese Forderung hat schon immer auf unserem Programm gestanden und war immer ein Hauptgegenstand unserer politischen Tätigkeit. Wir beklagen es, daß wir hier in der Tschechoslowakei bis heute noch keine zufriedenstellenden Fortschritte in Bezug auf die Ausgestaltung des Schulwesens und in der Schulautonomie erreicht haben. Wir begrüßen es, daß wir uns hier auf unsere tschechischen Genossen stützen können, die sich in ihrem Programm und in ihren Kundgebungen unabweislich dafür ausgesprochen haben, daß die Herstellung der Schulautonomie eine kulturelle, aber auch eine staatsliche Notwendigkeit ist.

Es ist notwendig, immer und immer wieder anzudeuten, in welcher Richtung gegen den Grundsat der kulturellen Selbstverwaltung gesündigt wird.

Wenn in Schulfragen ein Volk nicht selbst ein eigenes Willen entscheiden kann und es bei allen wichtigen Entscheidungen abhängig ist von dem Willen einer anderen Nation, so verbittert das!

Diesen Zustand haben wir in der Tschechoslowakei aber auch heute noch! Ein großer Teil der Bürokratie hat sich heute geistig auf die Republik und die Demokratie noch nicht umgestellt; in vielen Lebt noch der alte nationale Egoismus. Man glaubt, Vergeltungsmassnahmen üben zu müssen und vergißt, daß das Zusammenleben der Völker heute auf einer ganz anderen Basis erfolgen muß.

Noch immer verlangt man, deutsche Kinder in tschechische Schulen zu bringen, und wendet dabei vielfach wirtschaftlichen Zwang an.

Es liegt dies zwar nicht im Sinne der zentralen Verwaltung, aber es gibt nationale Beizhorne genug in den Randgebieten, die glauben, sich auf eigene Faust in dieser Richtung hervorant zu müssen. Und nicht ohne Erfolg, da eine amtliche Zählung 912 deutsche Kinder in tschechischen Schulen feststellt hat, umgekehrt aber nur 322 tschechische Kinder in deutschen Schulen. Wir machen die Schulverwaltung ersichtlich darauf aufmerksam, daß in dieser Richtung in einzelnen Orten an der Sprachgrenze von gewissen Politikern Handlungen begangen werden, denen mit aller Schärfe entgegengetreten werden muß. Weiters muß es auch verbittern, daß die deutschen Schulen in unzulänglichen Gebäuden untergebracht sind, während für wenige tschechische Kinder oft Prachtgebäude errichtet werden.

Böhmische Landesvertretung.

In der gestrigen letzten Sitzung dieser Session wurde nach kurzer Debatte der Antrag auf Errichtung eines Landesstrafsenfonds angenommen. Einem der Bericht über die Vorarbeiten zur Errichtung der Masaryk-Verlufsanstalt des Landes, welche auf dem Panzer bei Eisenstein im Böhmerwald errichtet werden soll. Genossin Deutsch sprach dabei den Wunsch aus, daß vorgefertigt werden solle, daß die in der Anstalt unterzubringenden deutschen Kinder Unterricht in ihrer Muttersprache erhalten. Schließlich genehmigte die Landesvertretung noch einige weniger bedeutende Berichte des Landesparlamentes.

Die nächste Session dürfte voraussichtlich für Mitte Dezember einberufen werden.

Vom Rundfunk

Prag: 9: Regitationen. 10.30: Schallplatten. 11: Matinee. 18: Deutsche Sendung: Manzer-Quartett. 19: Blasmusik. 20: Orchesterkonzert. — Wien: 18: Deutsche Sendung: Deutscher Volksgesangverein. 19: Aus alten tschechischen Operetten. — N.-Ohran: Schallplatten. 16: Orchesterkonzert. — Preßburg: 12.05: Orchesterkonzert. 16: Zigeunermusik. — Berlin: 14.30: Mandolinenzug. 16.55: Johann und Josef Strauß. — Breslau: 11: Bach-Kantate. 17.30: Roberte Klaviermusik. — Hamburg: 14: Berühmte Sänger. 16.30: Blasmusik. — Leipzig: 9: Die Goethe nach Weimar kam. 15: Bläserkammermusik. — München: 19.30: Orchesterkonzert. — Wien: 9.30: Sinfoniekonzert. 13: Liebes-stande. 22.20: Langmusik.

Der achtzigjährigen Genossin Altmann zum Gruke.

Von Abg. Janni Blahn.

Du wirst in diesen Novembertagen 80 Jahre alt, Anna Altmann, und Du darfst mit stolzer Freude auf dein Lebenswerk zurückschauen. Denn Du bist an der Wiege der österreichischen sozialistischen Arbeiterinnenbewegung gestanden, Du warst die erste im ganzen weiten Reiche, die



öffentlich zu Deinesgleichen zu sprechen wagte, Du wurdest schikaniert, gehetzt, gehöhnt, aber Du bist Dir und Deiner proletarischen Sache Dein Loblied treu geblieben, Frauen wie Du waren es, fest, anpruchlos und opferbereit; die das weibliche Proletariat der Welt zu einem machtvollen, Millionen Köpfe starken Körper zusammenschweißt haben. Dank Dir, Anna Altmann!

Die Geschichte Deines Lebens, die Du und unter der halb wehmütigen Ueberschrift „Blätter und Blüten“ in dem auch schon zwanzig Jahre alten Gedenkbuch: „Zwanzig Jahre Arbeiterinnenbewegung“ (Wien 1912, Volksbuchhandlung) erzählt, liest sich für uns Spätergeborenen wie ein Märchen. Was war das für eine Zeit, als schon die sechs-, siebenjährigen Mädchen unter Prügelein und gegen einen Schandlohn vierzehn Stunden in den Fabriken arbeiten mußten, Du in einer Truchfabrik und in der Flachspinnerei in Leipzig, Tausende andere zerstreut an Webstühlen, in Papier- und Randiten-Fabriken, und lernen mühtest Du abends bei brennenden Talglämpchen. Aber was die andern stumm und widerprüchlos ertragen — Dein trotziges Herz hat sich darüber empört: Du wolltest nicht zuschauen, wie andere, gleichwertige Arbeiterinnen, nur weil Sie von auswärts kamen, höheren Lohn bekamen. Du wagtest dagegen aufzumachen, mit den Aufsehern zu streiten, mit den Arbeitskolleginnen eine Arbeitsniederlegung zu beschließen! Welch unerhörtes Vergehen, wo es doch noch keine gewerkschaftlichen Organisationen gab, welchen Spott bei den Männern, welche Du beim Herrn Unternehmer! Und es war gewiß auch ein kindischer Anfang, aber ein paar Jahre später hörtest Du schon, damals noch Anna Urbantschky geheißene, Deinen Vater mit den Schillerseff und anderen über Passale und Jakob sprechen, warst Zeuge der Gründung des Arbeiterbildungsvereines in Leipzig, laßest Broschüren und den Wiener „Volkswillen“, projektiertest — wieder etwas Unerhörtes — mit den Fabrikanten um vierzehn Tage voranzubringen Lohnes und wagtest, in Versammlungen als Sprecherin aufzutreten. Du, weit und breit die erste und einzige, ein Wundertier, über das man Witze riß, aber das man doch respektierte, denn der Wille sprach aus Dir und der unermüdliche Eifer, Du zogest stundenweit von Ort zu Ort, in die entlegensten Berg- und Walddörfer, um Dein Evangelium zu künden. Du arbeitetest dazu und toderstest von früh bis spät, um den Lebensunterhalt für Dich und die Familie, die Du mit Genossen Altmann gegründet hattest, die siebzehnjährige Tochter Tagelohn zu verdienen, Du machtest, soweit Du es konntest, Aufregung und das Volgental rebellisch.

Was das in jenen achtzig Jahren bedeuten wollte, geht aus jener Anekdote hervor, daß die Wiener Genossen, als Du 1889 zum Parteitag nach Painsfeld delegiert wurde, deutlich abspikneten: „Ein männlicher Delegierter wäre ihnen lieber, die Frauen seien noch nicht so weit.“ Doch schon ein Jahr darauf durstest Du bei der konstituierenden Versammlung des Wiener Arbeiterinnenvereines sprechen. Der 29. Juni 1890 zeitigte den ersten sichtbaren, weissen hallenden Erfolg Deines jahrelangen Mühens. Das 1. Oesterreich quitierte denn auch Deinen jungen Ruhm unter dem Proletariat und legte Dir die Gendarmen auf die Fersen, die Dich zu jeder Versammlung treu begleitete. Aber die Organisierung der Frauen war nicht mehr aufzuhalten: Im Jahre 1893 konntest Du in Deinem heimischen Bienen die erste Frauenversammlung eröffnen, die — so schab! es die Behörde — nur von Frauen besucht werden durfte. Ein Neuschicksal riefst Du damals vorüber, Du sahst Deine Liebsten sterben, Du sahst Oesterreich zerfallen und die Internationale der Frauen auferstehen. Du, eine der letzten, die unsere Bewegung von ihren Anfängen bis zu ihrer heutigen Größe und Stärke miterlebt hat, Sie ist, Du Papere, Träne und Bescheidene, auch Dein Verdienst, auch Dein Werk — Dank Dir, Anna Altmann!

Tagesneuigkeiten

Ein neues russisches Schraubenflugzeug.

Moskau, 6. November. (Zaf.) Einer Gruppe von Sowjetflugzeugpiloten ist es nach dreijährigen Versuchen gelungen, ein neues Schraubenflugzeug zu konstruieren, das sich bei den Probevlügen ausgezeichnet bewährt hat. Beim Flug in horizontaler Richtung kann die Geschwindigkeit nach Wunsch von 35 bis 110 Stundenkilometern gesteigert werden. Das Flugzeug landete auf Flächen von 20 bis 30 Meter Länge und ging unter großen Winkeln mit abgestelltem Motor von Höhen von einigen hundert Metern frei im Gleitflug nieder.

Beim Abflug erfordert das Schraubenflugzeug einen Anlauf von 50 Metern, wobei das Abfliegen nicht mehr als vier bis fünf Sekunden in Anspruch nimmt. Das Flugzeug hat einen vertikalen Propeller und vier horizontale Luftschrauben, die an einer vertikalen Säule über dem Körper befestigt sind. Das neue Schraubenflugzeug soll bei Erkundungsfügen in der Arktis und auch in der Landwirtschaft zur Bekämpfung der Schädlinge, ferner bei Flugzeugaufnahmen für den Sanitätsdienst, für den Postverkehr usw. verwendet werden.

Eine Greisin und ihre Enkelin erschlagen!

Dartenstein (Sächs. Erzgebirge), 6. November. Eine schwere Missetat ereignete sich heute vormittags in dem benachbarten Föhoden. Der 37-jährige Gutsbesitzer Kurt Meier geriet mit der 69-jährigen Gutsauszüglerin Anna Wagner, deren Gut er gekauft hatte, wegen der Fahlung der Hypothekenzinsen in Streit, in dessen Verlauf er ihr und deren 20-jährigen Enkeltochter Biska Bohner die Schädelkappe einschlug. Die beiden Frauen wurden zwar noch lebend ins Krankenhaus gebracht, dürften aber kaum mit dem Leben davontommen. Nach der furchtbaren Tat verlor sich Meier selbst mit seinem Revolver zu erschießen; der Schuß war aber nicht tödlich. Hierauf stürzte Meier auf den Oberboden und erhängte sich.

Das kann nur einen Maharadscha passieren!

Um 10 Millionen Pfund bestohlen.

London, 6. November. Einem Delegierten der Indien-Konferenz am Kunden Tisch, dem Maharadscha von Darbhanga, sind aus seinen Käuimen im Savoy-Hotel Schmuckgegenstände im Werte von 10 Millionen Pfund Sterling gestohlen worden.

Neuer Aufstieg in die Stratosphäre.

Brüssel, 6. November. Der aus seinem Aufstieg in die Stratosphäre bekannte Professor Piccard hat in einem Presseinterview erklärt, daß demnächst in Kugshurg ein neuer Aufstieg in die Stratosphäre stattfinden wird, an dem er jedoch nicht teilnehmen werde.

Schlachtschiff in Frieden — neun Tote.

San Pedro (Kalifornien), 6. November. An Bord des Schlachtschiffes „Colorado“ ereignete sich während der Schießübungen des Schiffes bei der Insel Santa Rosa eine Explosion in einem Geschützturm. Das hier liegende Hospitalschiff erhielt die Nachricht, daß von der Besatzung vier Mann sofort getötet und fünf wahrscheinlich tödlich verletzt seien. Weitere fünf Mann sind schwer, wenn auch nicht lebensgefährlich, verletzt.

Polizei im Vortragsaal.

Der Verein tschechischer Philosophen veranstaltete einen Vortragsabend über Sowjetrußland; Referent Prof. Rejchle und ein Student der letzten Delegation. Zutritt nur für Studenten, die sich mit dem Index ausweisen müssen und Mitgliedern des akademischen Senats, der der Veranstaltung die Universität, also „heiliger akademischer Boden“. Folge der ordnungsmäßigen polizeilichen Anmeldung: ein bewaffneter und sehr uniformierter Offizier als Vertreter der Regierung (nach der Terminologie des Vereinsgesetzes) im Saal und ein Trupp von einigen Tausend uniformierter Wache vor dem Gebäude, um die bedrohte Sicherheit des Staates zu gewährleisten. Die über diese Aktion von der gewähltesten Versammlungsfreiheit erkaunten Professoren werden vorstellig: der Offizier verweist auf seine Instruktionen, der Polizeipräsident bedauert und die Versammlung wird abgefragt; weil nach herkömmlicher und sogar von mancher Demokratie bisher anerkannter Art wissenschaftliche Veranstaltungen nicht unter Polizeischutz stattfinden haben, auch wenn es um Debatten über Kommunismus geht.

Ein netter Tatbestand für Leute, die nicht gerade an die Notwendigkeit ständigen Ausnahmestandes glauben. Unser Vereinsgesetz — das bekanntlich bei einer Verletzung entsprechende Auslegung auch Kassestrafen unter behördliche Aufsicht stellt — hat sich vor den Bestrebungen des Liberalismus insofern verneigt, als es im § 2 Versammlungen bezeichnete, die nicht bewilligt werden müssen und die darum auch nicht unter Aufsicht des Regierungsvertreters stattfinden haben: das sind Versammlungen, die auf einen Kreis von Personen beschränkt sind, die individuell dem Veranstalter bekannt sind und wo die „Öffentlichkeit“ darum nicht gegeben

ist. Man kann über Unversität und Hörschaft denken, wie man will: aber diese Veranstaltung war auf keinen Fall öffentlich und die neueste Praxis der Polizei, jede Versammlung als öffentlich zu behandeln, in der mehr als drei Personen anwesend sind — das ist die gewöhnliche Definition von Öffentlichkeit auf Grund der Strafgesetze nach der Strafgerichtsjudikatur — ist reichlich überflüssig und schädlich. Das Wesen einer demokratischen Verwaltung des Amtes der Sicherheitsorgane mühte in einer einschränkenden Auslegung der einschlägigen Gesetze bestehen: unsere Polizei nimmt sich aber immer wieder das Recht heraus, selbst Vereinsversammlungen durch die Anwesenheit eines Uniformierten zu schmüden, weil ihrer Ansicht nach der „Regierungsvertreter“ im Sinne des Vereinsgesetzes am besten in Uniform präsentiert wird. Hier wäre eine energische Intervention des Innenministeriums dringend geboten: es geht nicht an, die verklärten Ideale des Polizeistaates neu zu erwecken und jede Kundgebung der Bürger, die doch nach der Verfassung die Quelle alles Rechtes sind, unter Polizeikontrolle zu stellen und jede freie wissenschaftliche Diskussion strittiger Probleme zu vereiteln.

Abchied von Karl Lorenz. Donnerstag nachmittag wurde in Rothau Genosse Karl Lorenz, der auf so unendlich tragische Weise ums Leben gekommen war, beisetzt. Ein riesiger Zug von Leidtragenden begleitete unseren toten Freund auf seinem letzten Weg, nachdem vorher alle Arbeiterorganisationen des westlichen Erzgebirges eine Trauerfeier abgehalten hatten. Das Begräbnis selbst wurde, unter Vorantritt von Ordenern, von den Mitgliedern der Karlsbader Kreisvertretung, des Vorstandes des Metallarbeiterverbandes und Vertretern einer ganzen Reihe von proletarischen und öffentlichen Körperschaften geführt. Auch eine große Anzahl von Jugendlichen und Turnern nahm in ihren Trachten an dem Kondukt teil und auch die Arbeiter der Karlsbühle hatten es sich nicht nehmen lassen, eine starke Abordnung zu dem Begräbnis zu entsenden. Vor dem Friedhof hatten die Schulkinder mit den Lehrern Spolier gebildet. Am offenen Grabe nahm Abg. Genosse de Witte für die Partei und für die Kulturorganisationen, Abgeordneter Genosse Kaufmann für die Metallarbeiter Abschied von Karl Lorenz, dem dann die Arbeiterfänger ihren letzten Gruß widmeten.

Eisenbahnunfall im Erzgebirge. Aus Ippoban bei Falkenau wird uns berichtet: In der Station Gartenberg der Strecke Falkenau-Grasitz fuhr ein mit Schienen beladener, aus Pleistadt kommender Motorwagen in voller Geschwindigkeit auf einen in der Station stehenden Lastzug auf. Die beiden Wagenführer wurden auf den Bahnkörper geschleudert, wobei einer von ihnen namens Johann Tesarik eine schwere Kopfverletzung und Verwundungen an den Beinen erlitt, so daß er umgehend ins Falkenauer Krankenhaus gebracht werden mußte. Der andere Motorwagenführer wurde bei dem Unfall nur leicht verletzt. Der Materialschaden ist nicht unbeträchtlich.

Von einem Auto niedergefahren. Auf der Straße Leipa-Dirschberg werden gegenwärtig im Abschnitt Habstein-Hirschen Asphaltierungsarbeiten durchgeführt, weshalb die Straße teilweise gesperrt ist. Als ein Auto in der sechsten Abendstunde in Habstein in die gesperrte Straße eindringen wollte, hielt es der Nachwächter Ruffay aus Kummer am See auf und unterrichtete den Lenker über die von ihm einzuschlagende Fahrtrichtung. Inzwischen kam aus der gleichen Richtung ein zweites Automobil gefahren, das dem bei Ruffay haltenden Kraftwagen vorfahren wollte; der Wächter gab Haltszeichen und stellte sich dem Auto in den Weg, wurde jedoch, da der Lenker nicht mehr abbremsen konnte, erfasst und niedergedrückt, wobei er schwere Kopfverletzungen erlitt. Das Auto überführte den Verunglückten sofort ins Leipziger Krankenhaus.

Ein Pyroman überführt. Der Donnerstag abends unter dem Verdachte, die Brandstiftungen in Heinersdorf bei Reichenberg begangen zu haben, verhaftete Rudolf Kahne hat nach mehrstündigem Verhör durch die Gendarmerie gestanden, alle sechs Brände, die in der letzten Zeit in Heinersdorf zum Ausbruch kamen, gelegt zu haben. Kahne ist Pyroman und Epileptiker. Er ist 19 Jahre alt und Sohn des Gustav Kahne, dessen Haus er Donnerstag in Brand gesteckt hatte. Er war Mitglied der Ortsfeuerwehr und bei dem Brande als erster Helfer zur Stelle. Den Bemühungen der Gendarmerie des ganzen Reichenberger Bezirkes, die seit vier Tagen mobilisiert war, ist es zu danken, daß der Brandstifter endlich ermittelt und der Ort Heinersdorf von einer schweren Gefahr befreit wurde. Kahne gestand auch, daß er die Absicht hatte, noch weitere Brände zu legen. Er ist Freitag dem Gerichte eingeliefert worden.

Tod in der Grube. Auf der Grube „Pötkol“ in Teubald wurde Donnerstag nachmittags der Arbeiter Karl Michalik beim Weiterleiten eines Sumpfes von abgestürzten Gesteinsmassen begraben. Trotz der sofort ausgenommenen Bergungsarbeiten konnte er nurmehr als Leiche hervorgerufen werden.

Ein Verkehrsunfall der Strecke Washington-New York stürzte aus noch unbekannter Ursache brennend ab. Fünf Leichen wurden geborgen.

Vier Todesopfer in einer Flugzeugfabrik. In der Schweißerei einer Berliner Flugzeugfabrik explodierte nachmittags eine Sauerstoffflasche, wodurch vier Arbeiter getötet und einige verletzt wurden.

„Kanonenfutter“. Am 31. Oktober 1931 veröffentlichte die Berliner „Rote Fahne“ ein Bild „Weibliches Kanonenfutter“. Es stellt junge chinesische Mädchen dar, die in zwei Reihen im Sportanzug nebeneinander marschieren — ganz offenbar zu einer Sportübung. Die Unterschrift lautet: „Chinesische Mädchen und Frauen werden von den Feldweibern des Verräters Tschankeschek zum willkürlichen Kanonenfutter gedreht.“ Am Tage darauf, am 1. November veröffentlicht die „Rote Fahne“ wieder ein Bild. Es zeigt russische rote Miliz, die in Reih und Glied mit aufgepflanztem Bajonett aufmarschiert ist. In den Reihen stehen sehr viele Frauen. Ist dies auch weibliches Kanonenfutter? — Im übrigen ist diese Inkonsequenz nicht weiter verwunderlich bei der „Roten Fahne“. Tschankeschek ist heute wieder „der Verräter“. Vor wenigen Tagen, als der chinesisch-japanische Konflikt sich zuspitzte, war er für die „Rote Fahne“ plötzlich wieder zum chinesischen Nationalhelden geworden. Wir fragen nun: Wann wird die „Rote Fahne“ das Bild „Weibliches Kanonenfutter“ wieder abdrucken, diesmal aber mit der Unterschrift „Chinesische Freiheitskämpferinnen“?

Blünderungen in Hamburg. In Hamburg kam es Donnerstag abends zu Ausschreitungen. Mehrere Trupps jugendlicher drangen in Lebensmittelläden ein und raubten Brot und Fleischwaren. Als die Polizei einschritt, wurde sie mit Steinen beworfen. Die Polizeibeamten gaben Schreckschüsse ab. Als die jugendlichen Demonstranten verfuhrten, in einer Straße Verkehrsbehinderung aus Mätkonnen zu errichten, wurden sie von der Polizei überrascht und mußten die Hindernisse selbst wieder forträumen.

300.000 Schilling-Veruntreuung eines Advolaten. Der Wiener Rechtsanwalt Dr. Eduard Rast, der kürzlich Selbstmordversuch unternommen hatte, ist, wie das „Neue Wiener Tagblatt“ erfährt, auf Grund einer Strafanzeige wegen Veruntreuung von Klientengeldern in der Höhe von 300.000 Schilling dem Landgericht eingeliefert worden. Die erste Anzeige gegen ihn erstattete der Schriftsteller Dr. Fr. Wallisch.

Papuas gegen Papuas. Der Gouverneur von Neuguinea teilte dem Premierminister des Australischen Bundes mit, daß es zwischen einzelnen Stämmen auf den Papuas-Inseln zu einem Kampf gekommen sei, in dem siebzehn Eingeborene getötet worden seien.

Rotgelandet — eingesperrt. Der Mittwoch in Landaun notgelandete französische Militärflieger, Unterleutnant Brimaec, wurde durch Strafbefehl wegen Vahvergehens und wegen Verbotes gegen die flugpolizeilichen Vorschriften zu einer Haftstrafe von acht Tagen verurteilt.

Im Lübecker Tuberkuloseprozeß erstattete Prof. Schürmann-Berlin ein Gutachten über die Befunde bei den gestorbenen Kindern. Dabei kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen den Sachverständigen, in deren Verlauf Prof. Schürmann erklärte: Wenn wir uns hier auf den Standpunkt stellen wollen, daß nur das als bewiesen gelten soll, was hundertprozentig bewiesen ist, dann gibt es wohl kaum in der Medizin einen schlüssigen Beweis, denn es ist durch keine Sektion hundertprozentig erwiesen, daß die Tuberkulose auf den Impfstoff zurückzuführen sei.

Schiff in Not. Der amerikanische Dampfer „Hybert“ ist gestern vormittag auf die Sandbänke von Godwin Sands an der Südküste von England aufgelaufen. Er befindet sich in einer sehr gefährlichen Lage. Ein Rettungsfahrzeug und ein Schlepper sind zur Hilfeleistung abgegangen. Der Dampfer befindet sich auf der Fahrt von Le Havre nach Antwerpen. Er gehört dem amerikanischen Shipping-Board.

Nach einer Mitteilung der Reederei des bei Speierroog gesunkenen Fischloggers „Varel“ dürfte wenig Hoffnung mehr bestehen, daß die sieben Vermissten des Loggers von einem anderen Dampfer aufgenommen sein könnten. Weder aus Rotterdam noch aus Groningen, den Bestimmungsorten der einst in Frage kommenden holländischen Dampfer, liegen Rettungsmeldungen vor. Nachdem alle bisher angestellten Ermittlungen vergeblich blieben, muß man leider die sieben Mann, unter denen sich auch der Kapitän der „Varel“ befindet, verloren geben.

Luxemburgstadt. Die wolgadeutsche Regierung hat beschlossen, die Hauptstadt der wolgadeutschen Republik Pokrowsk zu Ehren Rosa Luxemburgs in Luxemburgstadt umbenennen.

Raubmord in Berlin. In einem Hause in der Köllnersche Straße in Berlin R fand die Portierfrau am Donnerstag ihren 17-jährigen Sohn in ihrer Wohnung ermordet auf. Die Mordkommission stellte Würgemale am Hals fest; andere schwere Verletzungen trübten teils von Strichen, teils von wuchtigen Schlägen mit einem stumpfen Gegenstand her. Zwischen dem jungen Mann und den Tätern muß ein harter Kampf vor sich gegangen sein. Die Verbrecher, die vorläufig im Bekanntenkreis des Ermordeten gesucht werden, hatten es offenbar auf den Raub der von der Portierfrau einlöslichen Mietgelder in Höhe von 280 Mark abgesehen. Sie haben das Geld nicht gefunden.

Spende des Deutschen Landeshilfsvereines für Lungenkranke in Böhmen. Der Deutsche Landeshilfsverein für Lungenkranke in Böhmen hat beschlossen, der Lungenheilstätte „Reichel-Stiftung“ in Aufsitz-Pieglitzberg für den Erweiterungsbau eine Spende von 100.000 K und ein Darlehen von 100.000 K zu gewähren.

Die Spende von 100.000 K zu gewähren.

Tödlich verunglückt ist, wie uns gemeldet wird, in Luthdorf a. d. T. der Sobotschawerzenger Josef Kiehl aus Neustadt a. d. T. dadurch, daß er bei einem Sturz mit dem Kopf auf das Trittbrett seines Automobils aufstieg, wobei er einen Schädelbruch erlitt, der seinen Tod herbeiführte.

Für Funktionäre der Selbstverwaltung. Errichtung einer Volksschule: Zuständigkeit.

Frage: In einer Schulgemeinde gehört eine Ortschaft, die sich in einem anderen Bezirk befindet. In der Ortschaft stellt sich die Notwendigkeit heraus, ein neues Schulgebäude zu errichten. Es wird nun gefragt, wer diese Schule zu errichten hat, ob dies von der Schulgemeinde oder der Ortschaft durchgeführt werden muß. Weiter wird gefragt, ob diese Schule im Falle, daß sie von der Ortschaft auf eigene Kosten errichtet wird, der Schulgemeinde zur Verfügung steht, d. h. ob der anderen Gemeinde die Mitbenützung verweigert werden kann.

Antwort: Im gegebenen Falle handelt es sich um die Ortschaft Strahl, die zur politischen Gemeinde Janegg und damit zum Bezirke Duz gehört. Die Ortschaft Strahl ist aber in der Schulgemeinde Kofien im Teplitzer Bezirk eingeschult. Es soll nun in Strahl eine Schule erbaut werden. Es ist anzunehmen, daß die Voraussetzungen des § 1 des Landesgesetzes Nr. 22/1870 gegeben sind, wonach eine öffentliche Volksschule überall zu errichten ist, wo sich in einer Ortschaft zusammen nach einem fünfjährigen Durchschnitt 40 schulpflichtige Kinder befinden, welche eine mehr als 4 Kilometer entfernte Schule besuchen müssen. Eine Schule in Strahl könnte nur die politische Gemeinde Janegg errichten. Denn wie aus dem Erkenntnis des Obersten Verwaltungsgerichtes vom 14. Juni 1924, Zahl 10.738, hervorgeht, ist nur die Ortsgemeinde als Ganzes, keinesfalls nur ihre einzelnen Teile (Ortschaften) als Konkurrenzsfaktoren dort anzusehen, wo es um die Bedeutung des Aufwandes für die Errichtung und Erhaltung der Schulen geht (vergleiche auch Erkenntnis, Boh. 2641 A). Diese Rechtsauffassung begründet das Oberste Verwaltungsgericht damit, daß die Normen, welche für die Art maßgebend sind, in welcher eine Schulgemeinde den Schulbedarf zu ersehen hat, im § 11 des Gesetzes vom 24. Feber 1875, Nr. 16, in der Fassung des Gesetzes vom 11. September 1880, Nr. 85 (Böhmen) und im § 12 dieses Gesetzes enthalten sind. Nach § 11 hat der Ortschaftsrat den Vorschlag für das nächste Jahr dem Gemeindevorstande vorzulegen und wenn sich die Schulgemeinde aus mehreren Ortsgemeinden oder aus Teilen von Ortsgemeinden zusammensetzt, so hat der Ortschaftsrat den unbedeckten Abgang auf die eingeschulten Gemeinden oder Teile der Gemeinden umzulagen, und zwar nach dem Verhältnisse der direkten Steuern, samt den Zuschlägen und dem Vorschlag mit der Aufstellung der Gemeinden, die entweder zur Gänze oder teilweise eingeschult sind, mitzutragen, damit sie in ihm Einsicht nehmen. (Nicht sind durch den § 4 des Gesetzes Nr. 77/1927 in der Fassung des Gesetzes 160/1930 verriebene Änderungen eingeführt worden!) Nach § 12 des bezogenen Gesetzes ist der Gemeindevorstand verpflichtet, daß er die Bedeutung des veranschlagten Abganges aus den Gemeindefinanzmitteln besorgt. Das Gesetz bezeichnet also als Fonds, aus welchen der Aufwand für die Schulen zu decken ist, die Gemeindefinanzmittel und dies in voller Übereinstimmung mit § 28, Abs. 10, der Gemeindeordnung für Böhmen, nach welcher der Gemeinde im selbständigen Wirkungsbereiche die Sorge für die Errichtung, Erhaltung und Dotierung der Schulen zusteht. Die Gemeindefinanzmittel, aus welchen der Aufwand für die Schulen zu ersehen ist, sind nach §§ 74, 79 ff. der Gemeindeordnung und nach § 2, 3, 19 und 29 und folgende der Gemeindefinanznovelle vom 12. August 1921, Nr. 229, vor allem der Ertrag des Gemeindevermögens, insofern dies aber nicht zureichen würde, die Gemeindefinanzlagen. Wenn also das Gesetz den Aufwand für die Schule aus den eigenen Mitteln der Gemeinde bedecken will und der Gemeindevorstand als das zuständige Organ bezeichnet wird, welches diese Bedeutung durchzuführen soll, die Sorge um die Schulen aber durch den § 28 der Gemeindeordnung den Gemeinden als eine Sache des allgemeinen Interesses der gesamten Gemeinde aufzulegt ist, besteht nach Ansicht des Obersten Verwaltungsgerichtes kein Zweifel, daß, wie schon oben ausgeführt, nur die Ortsgemeinde als Ganzes als Konkurrenzsfaktor in Betracht kommt.

Da nicht anzunehmen ist, daß die Schulgemeinde Kofien in der Ortschaft Strahl ein Schulgebäude erbaut, dessen Kosten alle eingeschulten Gemeinden und Ortschaften zu tragen hätten, wird im gegebenen Falle die Ortsgemeinde Janegg im Einvernehmen mit der Ortschaft Strahl um die Ausschüttung der Ortschaft Strahl aus der Schulgemeinde Kofien und um die Bewilligung zur Neuerrichtung einer öffentlichen Schule im Wege des selbständigen Beitragsauschusses beim Landesverwalter in Prag einschreiten müssen. Es ist anzunehmen, daß bei Bewilligung der Ausschüttung eine eigene Schulgemeinde Strahl geschaffen wird. Voraussetzung der Möglichkeit eines Schulneubaus in Strahl und der Ausschüttung aus der Schulgemeinde Kofien wird aber sein, daß das derzeitige Schulgebäude in Kofien von Strahl 4 Kilometer entfernt ist.

Vorträge und Veranstaltungen

Der Grapholog als Erzähler. Vortrag Prof. Dr. Otto Fanta Montag, den 9. November, 7 1/2 Uhr abends, Deutsche Technik, Prag I, Galova 5 Hörsaal 20. Mit zahlreichen Lichtbildern und Schriftproben. Nachher Diskussion. Eintritt frei. Gabe willkommen.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Das Rezept des Augenglases kann nur dann seinen Zweck erfüllen, wenn das Augenglas schräg nach unten geneigt wird. Lassen Sie Ihr Rezept bei Optiker Deutsch, Prag, Graben 2, Palais „Koruna“ ausführen.

Bei Erkältungskrankheiten, bei Schmerzen rheumatischer, gichtischer und nervöser Art haben sich Logal-Tabletten hervorragend bewährt. Logal beseitigt die Krankheitsstoffe auf natürlichem Wege! In allen Apotheken. 1324

Regenlicht als Erholung. Stolz und Pausen! Das ist der Satz des Herzens schuldig und auch mehr Jahre. Ununterbrochen pulst so das Blut durch das Geäst der Äbern. Könnte sonst der kleine Herzmuskel so lange diese schwere Arbeit leisten, wenn ihm nicht nach jedem Druck ein Augenblick der Erholung geschenkt würde? — Die Natur ist eine weise Lehrerin. Lernen wir von ihr. Nicht nur das Herz, auch die anderen Organe bedürfen regelmäßig wiederkehrender Ruhepausen. Und nicht zuletzt das Auge. — Unser Tag fordert von ihm eine Höchstspannung von Aufmerksamkeit, gleich, ob wir am Volant eines Autos sitzen oder als Fußgänger über die Straße eilen. Am Abend aber drängen wir es durch die grelle Helle des künstlichen Lichtes. Die geschäftstüchtigen Amerikaner und Engländer, die den Wert der Erholung für Arbeit und Leistung zu schätzen wissen, gönnen auch dem Auge täglich eine angemessene Zeit entsprechender Ruhe. Nicht nur bei Festlichkeiten, auch im Kreise der Familie, beim Spiel und Ähnlichem, erlassen sie das kalte, künstliche Licht der elektrischen Glühlampe durch das weiche, milde Leuchten der lebendigen Kerzenflamme. So wird dem Auge länger die dringend nötige Ruhe, ohne daß die gesellschaftlichen Pflichten des Kulturmenschen darunter leiden müssen. Sollten nicht auch wir diesem einfachen Beispiele folgen? 1329

Das elektrische Sonnenbad. Wir haben seit langem schon das elektrische Licht, die elektrischen Heiz- und Kochapparate und den Elektromotor, also Licht, Wärme und Kraft durch Elektrizität. Jetzt aber haben wir auch das elektrische Sonnenbad. Die Osram-Platylux-Lampe hat es uns gebracht. Diese eigenartige Glühlampe, schon äußerlich von anderen Lampen durch die bläuliche Färbung ihres Glasföhens unterschieden, strahlt außer Licht und Wärme auch Ultraviolett aus, jene wichtige Strahlung, die den biologischen Wert des Sonnenbades ausmacht. Das Strahlengemisch von Licht, Wärme und Ultraviolett der Platylux-Lampe ist dem unserer Himmelskugel so ähnlich, daß die Lampe einen wirklichen Sonnenstrahl in biologischer Beziehung bedeutet. Fortan können uns Regentage und die sonnenarme Winterzeit nicht mehr gesundheitlich beeinträchtigen, wenn wir im Heim einen Platylux-Strahler haben, der uns jederzeit das natürliche bestkräftige Sonnenbad elektrisch ersetzt. 1312

In Deutschland wurde statistisch festgestellt, daß 37 Prozent aller Röhrenempfänger mit Batterien und nur 47 Prozent vom Lichtnetz betrieben werden. Ein interessanter Beweis, daß die Batterie doch die geeignetste Stromquelle für ein Rundfunkempfangsgerät ist, daß nur die Batterie einwandfrei und ungehindert Empfang ermöglicht. Wird noch eine unzuverlässige und sparsame Batterie, wie die Serien-Knoben-Batterie Radio Palada gewählt, so lassen sich auch noch Geldersparnisse erzielen. 1343

Montag, den 9. November, spricht im Bran-Urania-Kino Genosse Dr. Strank über

Unsere Stellung zur Sowjet-Union.

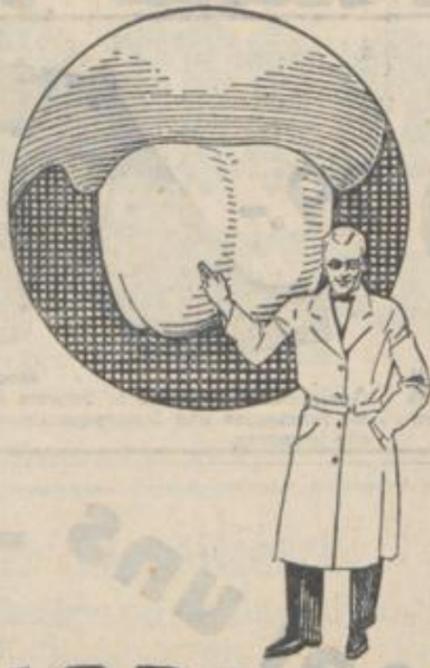
Außerdem läuft das Reisetheater der russischen Filmproduktion

Die Generalinie.

Beginn: 8 Uhr abends. Kartenvorverkauf bei Optiker Deutsch, Wenzelsplatz (Palais Koruna), in der Sec (Kugnerova nam. 4) bei Gen. Wolfert, und im „Sozialdemokrat“ bei Gen. Bartosch.

Frei von Zahnstein

werden und bleiben die Zähne, gesichert gegen Lockerwerden und schwere Erkrankungen, einfach durch regelmäßige Pflege mit Kalodont. Nur Kalodont enthält den wirksamen Zusatz gegen Zahnstein (Sulforizinoleat nach Dr. Bräunlich). Feste und gesunde Zähne kann sich jetzt jeder erhalten.



KALODONT
gegen Zahnstein

PRAGER ZEITUNG.

Die Brschowitzer Explosionskatastrophe im Stadtrat.

In der gestrigen Sitzung des Stadtrates wurde ein Bericht über die Ursachen der besagten Gasexplosion im Neubau der Firma Hoffmann & Co. in Brschowitz erstattet. Nach den Ergebnissen der Erhebungen wurde am 2. November, da zwei Mieter in das Haus einzogen, der Hauptabahn der Gasleitung geöffnet und damit der Anschluß an die Zentralleitung vollzogen. Vorher war bereits die Leitung im Neubau selbst untersucht worden. Diese Nachprüfung liegt allerdings vier Wochen zurück. Nach der Explosion kam man darauf, daß in einer leeren Wohnung im vierten Stockwerke ein eisernes Verschlußstück abgeschraubt war. Durch diese Öffnung in der Rohrleitung entwich anscheinend bereits seit dem 2. November Gas, welches erst die veröhlene leere Wohnung ausfüllte; ein Teil drang durch Undichtigkeiten in der Tür auch in andere Räume und Gänge. So bildete sich im oberen Teile des Hauses ein explosives Gemisch von 8 bis 18 Prozent Gas und Luft, welches auf unauffällige Weise, vielleicht durch einen Funken eines Elektromotors oder ein anderes Feuer, entzündet wurde. Die Ursachen der Explosion sind also in der Unachtsamkeit beim Umgehen mit der Gasleitung zu suchen, welche an die häusliche Leitung angeschlossen wurde, ohne daß man unmittelbar vorher untersucht hätte, ob alles dicht abgesperrt ist. Das Gewerbeamt wurde beauftragt, alle Installationsfirmen auf die Gefahr und die Verantwortung aufmerksam zu machen, welche die Firmen zu tragen haben, und auf die Strafbarkeit eines unvorsichtigen Vorgehens hinzuweisen.

Wieder ein Flugblatt der Bankbeamten ionifiziert.

Die Organisationen der Bankbeamten haben, wie sie es angekündigt hatten, ein Flugblatt vorbereitet, welches eine Kritik der Verhältnisse in der böhmischen Industrialbank enthält. Obwohl die in dem Flugblatt enthaltenen Behauptungen der Wahrheit entsprechen und bewiesen werden können, verfiel das Flugblatt an einigen Stellen der Konfiskation. Die Organisationen veröffentlichten das Flugblatt nach Entfernung der beschlaggenommenen Stellen. Da den Organisationen mitgeteilt worden war, daß die böhmische Industrialbank zu Verhandlungen bereit sei, führten sie eine Intervention beim Oberdirektor Florjan durch, welcher die Zurücknahme der Gehaltskürzungen

zwar ablehnte, im Verlaufe der Verhandlungen jedoch ein neues Angebot machte, wonach bei Gehältern von 24.000 Kronen an Kürzungen von 5 bis 10 Prozent vorgenommen werden sollten. Die Beamtenvertreter erklärten dies als unannehmbar, wodurch die Unterredung beendet wurde.

In wessen Auftrag läßt der „Prager Börsenkurier“ Verlagsballons steigen? Der „Prager Börsenkurier“, dem es wahrscheinlich diese Woche an irgend einer sensationellen Nachricht gefehlt hat, hat in seiner letzten Nummer eine Notiz gebracht, daß die böhmische Escomptebank und Creditanstalt und die böhmische Unionbank die Bezüge ihrer Angestellten, die untersten Gehaltsstufen ausgenommen, um 10 bis 20 Prozent zu verkürzen beabsichtigen. Wir wissen nicht, von wem das Blatt beauftragt wurde, diese „auflösende und vorbereitende Arbeit“ zu leisten, Tatsache ist, daß an der ganzen Meldung kein wahreres Wort ist. Da der Vertrag für 1932 nicht gekündigt wurde, bleiben die bisherigen Gehaltsbestimmungen auch für das nächste Jahr aufrecht.

Vortrag im Sozialen Institut. (Prag II., Palastplatz 4, Vortragssaal des Ministeriums für soziale Fürsorge.) Genosse Abgeordneter A. Hampf spricht am Donnerstag, den 12. November, um halb 8 Uhr abends im Rahmen der Vortragreihe über „Technischer Fortschritt und Krise“.

Ueber die Ursachen der gegenwärtigen Krise sprach am Donnerstag im Rahmen desselben Zyklus Dr. Georg Hejda. Er führte die gegenwärtige Wirtschaftskrise auf das Zusammenreffen verschiedener Umstände zurück. Die Konjunkturdepression, welche innerhalb der kapitalistischen Wirtschaft in bestimmte Zeitperioden wiederkehrt, fällt diesmal zusammen mit strukturellen Veränderungen in der Produktion und mit Veränderungen in der Konsumfähigkeit der verschiedenen Schichten der Bevölkerung. Gleichzeitig verändert sich die gesamte Struktur des Kapitalismus, welcher vom Individualismus zum Kollektivismus übergeht. Interessant ist, daß der Vortragende, Redakteur des „Cesta Slova“, zu dem Resultat kommt, daß die Krise des heutigen Systems die Voraussetzungen enthält, welche von Theoretikern der Nationalökonomie, allen voran Marx, längst angekündigt war, und daß ebenso der Tag bestimmt wird, daß die kapitalistische Wirtschaft selbst den Keim ihrer Vernichtung in sich trägt.

Gerichtssaal

Die Zigeuner.

Familie Ruzicka und Co.

Prag, 6. November. Die Zigeunerfamilie Ruzicka ist eine der berühmtesten ihres Stammes. Es gibt wenige Gerichte im Gebiet dieses Staates, die nicht mit ihnen bereits zu tun hatten. Die Ruzickas sind mehrfach verurteilt mit den gleich berühmten Geschlechtern der Cermaks und Prochazkas, leben dafür aber in Todesfurcht mit anderen Familien ihresgleichen, die schon oft zu Blutvergießen geführt hat. Die heutige Verhandlung vor dem Senat des OGH. Praha gelte fünf Mitglieder der drei genannten Familien in harmonischer Zusammenarbeit. Alois Ruzicka, seine Mutter und Schwester, die mit Franz Cermak verheiratet ist, und der Bruder des letzteren, Robert Cermak, haben sich im Juni und Juli auf die Ausplünderung von Wochenendhäusern verlegt. Die Beute ist beträchtlich und bunt: Kleider, Federn, Rohrer, Solami, Raucherapparate, Geld, Wäsche, Geschirre aller Art, Rufe, Schwimmschwämme und Hundertelei mehr. Der Gerichtssaal sieht aus wie ein Trümmerschatz, als die Corpora bester ausgepackt werden.

Eine kurtose Verhandlung, im voraus auf einen gemüthlichen Ton gestimmt. Alle sind „von Beruf Zigeuner“, des Lesens und Schreibens unkundig. Die Frauen versuchen sich als „unbescholten“ auszugeben, was größte Heiterkeit erregt. Sie haben erst 13 Vorstrafen.

Zigeuner gestehen nicht. Grundfänglich nicht. Die gestohlenen Sachen haben sie angeblich von „Unbekannten“ gekauft! Ehrlich gekauft! Sie wissen natürlich, daß kein Mensch ihnen glaubt, aber das Lügen ist nun einmal ihr Prinzip, von dem sie auf keinen Fall abgehen. Mit treuherziger Stimme beteuern sie die unmöglichsten Dinge. Außer den 34 Einbrüchen sind noch einige Kleinigkeiten zu berechnen. Vier Hühner verdächtigter Herkunft, die eben in einem großen Kessel zu einer kräftigen Suppe verlockt werden sollten, wurden ihnen sozusagen vor dem Mund weg von den Gendarmen konfisziert. Das ärgert sie an der ganzen Sache vielleicht am meisten. Dann haben zwei Mitglieder der Bande keine Legitimation, wie sie das Gesetz unter Strafandrohung vorschreibt, denn sie kamen erst kurz vorher aus dem Gefängnis und hatten angeblich noch keine Zeit gehabt, sich diese Ausweise zu besorgen. Natürlich behaupten sie, sich nur vorübergehend bei den anderen aufgehalten zu haben und kurz vorher zu ihnen gestohlen zu sein. Einen Separaterfolg holte sich Franz Cermak, als er sich als „ehelichen Arbeiter“ bezeichnete.

Nach einer heiter verlaufenen Verhandlung wurde das Urteil gefällt. Es lautete für die drei Männer auf schweren Kerker in der Dauer von neun, zehn und zwölf Monaten. Außerdem wurde die Zulässigkeit der Internierung in der Zwangsarbeitsanstalt nach Verbüßung der Strafe ausgesprochen. Die Frauen erhielten fünf und sechs Monate Substrat, bei allen wurde auf Zulässigkeit der Polizeiaufsicht erkannt, wenn sie wieder auf freiem Fuß sein werden. Die Frage ist nur, ob und wie sich diese Maßregeln bei diesen Unverbesserlichen bewähren werden. rb.

Verurteilter Schrankenwärter.

Kato vor der Lokomotive.

Prag, 6. November. Am 18. Mai d. J. kam es an einer Bahn- und Straßenkreuzung zwischen den Stationen Radotin und Tschernoschitz zu einem schweren Unfall. Ein Lastauto wurde beim Passieren des Bahnkörpers von dem an diesem Tag verkehrenden Arbeiterzug erfasst und zertrümmert. Chauffeur und Mitfahrer konnten sich durch Abprallen retten, erlitten aber schwere Verletzungen. Nach Abschluß des Disziplinarverfahrens wurden vier Bahnangestellte wegen fahrlässiger schwerer Körperbeschädigung unter Anklage gestellt. Der Schrankenwärter Lebeda, der an dieser Kreuzung Dienst tat, weil er entgegen der Vorschrift noch in letzter Minute die schon geschlossenen Schranken wieder hochgehen ließ, um das Auto durchzulassen, wodurch der Unfall herbeigeführt wurde. Außerdem waren noch die zwei benachbarten Schrankenwärter angeklagt sowie der Lokomotivführer des Zuges, die sich nach Meinung der Staatsanwaltschaft hatten Verstoße gegen die Vorschrift zuschulden kommen lassen, welche mit zu dem Zusammenstoß beigetragen hätten.

Auf Grund des Sachverständigengutachtens, das dem Schrankenwärter die alleinige Schuld zur Last legte und keine Verteilung als halbes bezog, wurde dieser zu vier Monaten Arrest, bedingt auf zwei Jahre, verurteilt; die übrigen wurden freigesprochen. rb.



Licht ist ein Helfer beim Verkauf.

Gutes Licht lobt die Ware. Gut beleuchtete Waren verkaufen sich schneller. Gutes Licht darf nicht blenden.

Jeder Elektro-Lichtfachmann berät Sie wegen Verbesserung Ihrer Beleuchtungsanlage.

Innen-OSRAM-Lampen
mattierte geben besseres Licht

